

# Jugend: Staat wird unsere Pensionen nicht zahlen können

**STUDIE.** Nur sieben Prozent der Jugendlichen glauben an eine staatliche Pensionsvorsorge.

VON NICOLE STERN

**WIEN.** Wird der Staat den Jugendlichen, die heute noch sorgenfrei durchs Leben gehen, jene Leistungen anbieten können, in deren Genuss ältere Menschen dieser Tage kommen? So richtig weiß das niemand. Auch die Jugendlichen nicht. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des Marktforschungsinstituts GfK im Auftrag der s-Versicherung und der Erste Bank unter 1000 Jugendlichen.

Demnach glauben 52 Prozent der Befragten, dass es bei ihrem Pensionsantritt zu Schwierigkeiten bei der Auszahlung der staatlichen Pension kommen könnte. Ganze 40 Prozent können keine Auskunft darüber geben, ob sich der Staat ihre Pensionen noch wird leisten können. Nur sieben Prozent der Jugendlichen (15 bis 30 Jahre) glauben an die volle Sicherheit der staatlichen Pension.

Für GfK-Marktforscherin Ursula Sowoboda ist das Ergebnis nicht überraschend: „Wir beobachten diesen Trend seit einiger Zeit.“ Das Vertrauen in das System sinke seit sechs bis acht Jahren kontinuierlich. Die wachsende Zahl an älteren Menschen sowie die Dauerpräsenz dieses Themas in der Öffentlichkeit führe bei einem zunehmenden Anteil der Bevölkerung zu Verunsicherung.

Doch was sagen die politischen Vertreter eigentlich zu der Misere, dass der Staat künftig offenbar nicht mehr imstande sein wird, die nächsten Generationen, bei

Staatsschulden in Höhe von rund 184 Mrd. Euro, zu finanzieren?

Wolfgang Moitzi, Vorsitzender der Sozialistischen Jugend, erklärt: „Prinzipiell bleibt das Pensionsystem im derzeitigen Ausmaß auch für Jugendliche finanzierbar.“ Aber natürlich werde man sich ansehen müssen, an welchen Schrauben man drehen könnte.

## Was kann der Staat leisten?

Eine Möglichkeit sieht Moitzi in der Einführung der Vermögenssteuer, die wie für viele seiner Parteigenossen das richtige Vehikel wäre, um den Staat von seiner Schuldenlast zu befreien. Sein Gegenüber von der ÖVP-Jugend, Sebastian Kurz, ist anderer Meinung: „Ich bin auch einer von den Skeptischen.“ Die Umfrage sei ein weiterer Beweis dafür, dass endlich etwas getan werden muss. Das Gefühl der Jugendlichen komme schließlich nicht von „irgendwo“. „Je mehr Geld man ausgibt, desto härter muss man auch an Reformen arbeiten.“

Philipp Nagel von der überparteilichen Bundesjugendvertretung findet das Ergebnis der Studie erschreckend. Er appelliert an die Politik, endlich Taten sprechen zu lassen. Nagel liefert gleich einen Vorschlag mit: So sei es durchaus sinnvoll, die Erwerbsquote zu erhöhen – so würden auch mehr Beiträge ins System fließen. Daten der Statistik Austria zufolge hat die Republik im Vorjahr 33,65 Mrd. Euro oder 12,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Pensions-



**Mehr als 90 Prozent der Jugendlichen befürchten, dass der Staat ihre Altersvorsorge nicht mehr finanzieren kann.**

[Clemens Fabry]

system ausgegeben. Das entspricht etwa einem Viertel aller öffentlichen Ausgaben. Tendenz steigend.

Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) sieht keinen Grund zur Sorge: „Gerade die Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass die staatliche Pensionsvorsorge resistent gegen Schwankungen auf dem Finanzmarkt ist. Aufgrund der Reformen vergangener Jahre sind die Pensionen langfristig gesichert.“

Nach Berechnungen des Ministeriums bleiben die Zuschüsse des Bundes für die Pensionen in den nächsten 50 Jahren gemessen am Bruttoinlandsprodukt stabil. Über das Jahr 2058 hinaus gibt es noch keine Berechnungen. Einer OECD-Studie zufolge liegt die Pensionshöhe hierzulande derzeit bei 80 Prozent des Bruttoeinkommens der Bevölkerung (OECD-Schnitt: 59 Prozent). Noch. **Meinung Seite 27**